

Wege im Dschungel staatlicher Transferleistungen bahnen

Kommentar: Der „Leitfaden ALG II / Sozialhilfe von A – Z“ gibt Hilfestellung beim Umgang mit der ARGE



Ab Januar 2013 will die Regierung für Hartz VI-Empfänger den Regelsatz um **8 Euro** anheben. Dann erhöht sich der monatliche Regelsatz von aktuell 374 € auf 382 €. Der Sozialverband VdK kritisiert die Anhebung als zu niedrig. Die Erhöhung reiche besonders für Alleinerziehende mit Kindern und Menschen, die Grundsicherung im Alter beziehen, nicht aus, betonte die Verbandsvorsitzende Ulrike Mascher. Die Einführung von Hartz IV im Jahre 2005 brachte in vielen Bereichen eine grundlegende Verschlechterung gegenüber dem alten Bundessozialhilfegesetz. Fördernde und fordernde Elemente sind nicht ausbalanciert. Ziele und Inhalte der Eingliederungsvereinbarungen (kurz: **EGV**) sind meistens standardisiert, wenig individuell angepasst und werden selten begründet.

Unausgewogene Eingliederungsvereinbarungen

Arbeitsvermittler verstecken sich überwiegend hinter Vorschriften und Vorgaben, ohne ihre Ermessensspielräume zu nutzen. Standardbewerbungs- und -Coachingseminare des Jobcenters sind eher als Sanktion denn als Förderung zu betrachten. So kann es passieren, dass einem promovierten Akademiker ein Word-Computerkurs angeboten wird. Vorschläge der Arbeitssuchenden werden nicht auf ihre Umsetzbarkeit geprüft, sondern oft nach monatelanger Bearbeitung ohne ausdrückliche Begründung abgelehnt. Seitens der Jobcenter müssen Hartz IV-Bezieher mit Sanktionen rechnen, wenn sie Termine nicht wahrnehmen oder Unterlagen nicht rechtzeitig einreichen. Diese Strafen können bis zur kompletten Leistungskürzung reichen. Fallmanager müssen nämlich Erfolgsmeldungen für ihre Statistik verbuchen. Regelmäßig beschäftigt es die Sozialgerichte, ob diese Kürzungen gerechtfertigt sind. Denn immer wieder wird dabei gegen den Grundsatz der **Verhältnismäßigkeit** verstoßen. Arbeitssuchende haben oft das Gefühl, als Bittsteller von Gnadenakten des Behördenmitarbeiters abhängig zu sein. Die Lebensrealität vieler leistungsbeziehender Akademiker ist durch unsinnige Stellenangebote bestimmt. Bei Vermittlungsvorschlägen ihrer Fallmanager können Leistungsempfänger nicht mehr wählen zwischen bewerben und nicht bewerben. „Negatives Bewerbungsverhalten“ wird mit einer Kürzung des Regelsatzes von 30 Prozent für drei Monate geahndet. Deshalb müssen sich viele Akademiker auch auf Stellenangebote bewerben, deren Anforderungsprofil sie gar nicht erfüllen.

Bittsteller von Gnadenakten des Behördenmitarbeiters

Bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 100 € werden dem Jobcenter-Kunden Kosten zur Erstellung und Versendung von Bewerbungsunterlagen erstattet. Unberücksichtigt bleiben im Regelfall besonders Aufwendungen, die sich vor der Antragstellung ergaben, Kosten für Zeitschriften wie etwa dem **Arbeitsmarkt** zur Auswertung von Stellenangeboten, Fachliteratur, Telefon- und Faxgebühren, Aufwendungen zur Anerkennung eines Berufsabschlusses, Kosten für PC-Druckerpatronen, PC-Hard- und Software, Aufwendungen für unter anderem Büromaterial und Kosten für Inserate im Internet, in Zeitungen oder Fachzeitschriften. Es ist schwer, sich bei materieller Armut die Eigenverantwortung bewusst zu machen und im deutschen Behörden- und Formulardschungel aktiv zustehende Hilfen zu beantragen. Immer wieder ändert der Gesetzgeber die Regeln. So haben sich etwa zum 1. November 2011 die Bedingungen für den Gründungszuschuss, einer staatlichen Subvention zur Förderung einer Existenzgründung, verschlechtert. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf den Zuschuss mehr. Die Vergabe liegt nun im Ermessen der Jobcenter. Der Zeitraum, in dem der Zuschuss in Höhe des bisherigen Arbeitslosengeldes gezahlt wird, wurde von neun auf sechs Monate verkürzt. Die jährlichen Ausgaben für den Gründungszuschuss wurden von 1,8 auf 0,5 Milliarden € gekürzt.

Fehler beim Gang zum Jobcenter vermeiden



campus-web-Bewertung: 5 von 5 Sternen

Die
Neuaufgabe
des vom
Tacheles e.V.

herausgegebenen *Leitfaden Alg II/ Sozialhilfe von A – Z* zeigt Betroffenen, wie sie an Leistungen kommen, die ihnen zustehen. Der alphabetisch aufgebaute, detaillierte Ratgeber hilft bei wichtigen Entscheidungen, bietet praktische Checklisten und gibt zahlreiche Tipps beim Ausfüllen von Formularen. Wer gehört nicht zu einer Bedarfsgemeinschaft? Was ist eine eheähnliche Gemeinschaft? Was tun, wenn das Amt die Zahlung

streicht, weil sie länger als ein Jahr zusammenleben? Die Autoren Frank Jäger und Harald Thomé zeigen an konkreten Beispielen, wie Arbeitssuchende von Anfang an Fehler beim Gang zum Jobcenter und beim Umgang mit den Behörden vermeiden können. Sie beantworten in einfacher und verständlicher Form viele Fragen rund um Hartz IV. Über zentrale Themen wie die Kranken- und Rentenversicherung von Hartz-IV-Empfängern wird ebenso informiert, wie über alltägliche Dinge, zum Beispiel die Regelungen beim laufenden Bedarf von Kleidung, Wäsche und Schuhen. Die beiden Sozialberater empfehlen etwa, wenn die Grundausrüstung an Kleidung nicht ausreicht einen Antrag auf Erstausrüstung der fehlenden Kleidungsstücke zu stellen. Der Ratgeber stellt die Unterschiede bei der Kostenübernahme seitens der Sozialämter verschiedener Länder heraus. Auch Verhütungsmittel können in Ausnahmefällen übernommen werden. Ein rundum lesenswerter Rechtsratgeber für betroffene Menschen.

Frank Jäger, Harald Thomé – Leitfaden für Alg II / Sozialhilfe von A - Z

Verlag: DVS
Genre: Ratgeber
Erschienen: Juni 2011
ISBN: 9783932246814
Bindung: Taschenbuch
Seiten: 536
Preis: 11,00

Direkt bestellen

Weitere Angebote und Auskünfte:

Mehr **Infos** zum Buch.

Der Autor **Harald Thomé** bietet am 12. und 13. November und am 03. und 04. Dezember in Wuppertal ein **Grundlagenseminar** zum SGB II an.

Der Kreisverband **DIE LINKE Bonn** bietet für Hartz-IV-Empfänger, die Probleme mit der Antragstellung haben, jeden Mittwoch von 15 Uhr bis 17 Uhr im Kreisparteibüro eine kostenlose sozialrechtliche **Beratung** mit einem Rechtsanwalt an.

Homepage des Erwerbslosen- und Sozialvereins **Tacheles e.V.** Wuppertal.

Homepage der **Bonner Tafel**.

Ein **Kommentar** zu neuen Mittelkürzungen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Ein **Gespräch** mit **Ulrich Kelber (MdB)** über Milliardenkürzungen in der Arbeitsmarktpolitik und Angebote für Langzeitarbeitslose und Berufseinsteiger.

Autor: Ansgar Skoda **Bild:** DVS Verlag / 22.09.2012

Artikel drucken